§ 9

Neubauten sind grundsätzlich innerhalb der bereits bebauten Flächen der Städte und Gemeinden zu errichten. Die Bereitstellung anderer Grundstücke ist nur zulässig, wenn geeignetes nutzbares Bauland innerhalb dieser Flächen nachweisbar nicht vorhanden ist oder wenn Charakter, Funktion und Wirkung der Baumaßnahmen einen anderen Standort zwingend verlangen.

§ 10

Der Entzug von land- und forstwirtschaftlichem Boden, einschließlich von Kleingartenanlagen des Verbandes der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter sowie anderer Kleingärten, für Baumaßnahmen ist grundsätzlich zu vermeiden. Die nichtlandwirtschaftliche Nutzung ist bei volkswirtschaftlicher Notwendigkeit nur gemäß den Rechtsvorschriften zum Schutz des land- und forstwirtschaftlichen Bodens und zur Sicherung der sozialistischen Bodennutzung zulässig.

§ 11

Über den Rechtsträgerwechsel oder die Übertragung des Eigentumsrechtes an einem als Bauland benötigten Grundstück ist zwischen dem Bauauftraggeber — für die Errichtung von Eigenheimen oder den Um- und Ausbau bestehender Gebäude zu Eigenheimen dem Rat der Stadt, des Stadtbezirkes oder der Gemeinde — und dem Rechtsträger, Eigentümer oder Verfügungsberechtigten entsprechend den dafür geltenden Rechtsvorschriften ein Vertrag abzuschließen.

§ 12

(1) Kommt ein Vertrag gemäß § 11 nicht zustande, kann auf Antrag des Bauauftraggebers — für die Errichtung von Eigenheimen oder den Um- und Ausbau bestehender Gebäude zu Eigenheimen auf Antrag des Rates der Stadt, des Stadtbezirkes oder der Gemeinde — das Eigentumsrecht am Grundstück, Gebäude oder an der baulichen Anlage entzogen oder der Rechtsträgerwechsel angeordnet werden.

(2) Der Entzug des Eigentumsrechtes und die Anordnung des Rechtsträgerwechsels sind nur zulässig, wenn

1. die Ausschöpfung aller Möglichkeiten der intensiven Nutzung der in der Rechtsträgerschaft, dem Eigentum oder der Nutzung des Bauauftraggebers befindlichen geeigneten Grundstücke nachgewiesen wird,
2. die Entscheidungen zur Standorteinordnung der Baumaßnahmen gemäß den dafür geltenden Rechtsvorschriften vorliegen,
3. der Bauauftraggeber über die erforderlichen finanziellen Mittel verfügt.

(3) Über den Entzug des Eigentumsrechtes und die Anordnung des Rechtsträgerwechsels entscheidet der Rat des Kreises durch Beschluß. Ausnahmen regelt § 13 Abs. 2.

(4) Die Entscheidung über den Entzug des Eigentumsrechtes an Grundstücken für den Eigenheimbau ist bei Vorliegen der Voraussetzungen gemäß Abs. 2 nur zulässig, wenn

1. der Bauantragsteller über kein geeignetes Grundstück verfügt,
2. dem Bauantragsteller kein geeignetes volkseigenes oder genossenschaftlich genutztes Grundstück bereitgestellt werden kann,
3. der rechtsgeschäftliche Erwerb eines geeigneten Grundstücks durch den Bauantragsteller nicht zustande gekommen ist,

4. der Eigentümer oder Nutzungsberechtigte des Grundstücks nicht selbst Bewerber für den Bau eines Eigenheimes und von den örtlichen Staatsorganen dafür bestätigt ist,

5. das Grundstück nicht mit anderen gesellschaftlich notwendigen, insbesondere für ständige Wohnzwecke genutzten Gebäuden bebaut ist.

§ 13

(1) Mit dem durch die staatliche Entscheidung gemäß § 12 Abs. 3 oder § 16 Abs. 4 festgelegten Zeitpunkt über den Entzug des Eigentumsrechtes

1. entsteht Volkseigentum an dem Grundstück, Gebäude, oder der baulichen Anlage,
2. erlöschen alle im Grundbuch eingetragenen Rechte Dritter und die zur Nutzung berechtigenden Vereinbarungen,
3. entsteht ein Anspruch des bisherigen Eigentümers auf Entschädigung. Für den bisherigen Nutzungsberechtigten sowie den bisherigen Inhaber im Grundbuch eingetragener Rechte entsteht ein Anspruch auf Erfüllung ihrer Forderungen aus der Entschädigung.

(2) Soll in Ausnahmefällen Eigentum sozialistischer Genossenschaften oder gesellschaftlicher Organisationen begründet werden, trifft die staatliche Entscheidung gemäß § 12 Abs. 3 oder § 16 Abs. 4 der Rat des Bezirkes durch Beschluß nach vorheriger Zustimmung des Ministers der Finanzen und des Ministers für Bauwesen.

(3) Mit dem durch die staatliche Entscheidung gemäß § 12 Abs. 3 festgelegten Zeitpunkt über den Rechtsträgerwechsel ist die Übertragung des volkseigenen Grundstückes auf den neuen Rechtsträger wirksam. Die weiteren Pflichten der beteiligten Rechtsträger ergeben sich aus den dafür geltenden Rechtsvorschriften.

§ 14

(1) Die Bereitstellung erforderlicher Grundstücke für die Rekonstruktion von Gebäuden und baulichen Anlagen hat nach den §§ 8 bis 13 zu erfolgen.

(2) Sind zur Sicherung planmäßiger Baumaßnahmen andere Rechte als das Eigentumsrecht oder die Rechtsträgerschaft an Grundstücken und Gebäuden aufzuheben, gelten die §§ 11 bis 13 sowie 20 und 21 entsprechend.

Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden, baulichen Anlagen und Freiflächen

§ 15

(1) Die in den Volkswirtschaftsplänen enthaltenen Maßnahmen der Modernisierung, des Um- und Ausbaus sowie der Instandsetzung und der Instandhaltung von Gebäuden, baulichen Anlagen und Freiflächen sind von den Rechtsträgern und Eigentümern vorzunehmen.

(2) Die Räte der Städte, Stadtbezirke und Gemeinden haben die Rechtsträger, Eigentümer oder Verfügungsberechtigten und die Nutzungsberechtigten von Grundstücken, Gebäuden und baulichen Anlagen in geeigneter Weise über die im Volkswirtschaftsplan vorgesehenen Baumaßnahmen zu informieren. Die Rechtsträger und Eigentümer oder Verfügungsberechtigten haben auf dieser Grundlage mit den von den örtlichen Räten beauftragten Betrieben oder Einrichtungen die Art und Weise der Durchführung der Baumaßnahmen sowie die von den Rechtsträgern und Eigentümern selbst zu erbringenden Leistungen zu vereinbaren.